



Heimat Frankfurt

Kommunalwahlprogramm
2026-2031

AfD Frankfurt am Main



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1 <i>Haushalt und Finanzen</i>	4
2 <i>Recht, Ordnung, Sicherheit</i>	6
3 <i>Wirtschaft</i>	8
4 <i>Soziales und Gesundheit</i>	10
5 <i>Schule und Bildung</i>	13
6 <i>Planen, Bauen und Wohnen</i>	15
7 <i>Verkehr</i>	17
8 <i>Kultur</i>	19
9 <i>Heimat und Identität</i>	21
10 <i>Umwelt</i>	24
11 <i>Sport</i>	26
12 <i>Verwaltung, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung</i>	27

Vorwort

Dieses Wahlprogramm für die Wahlperiode von 2026 bis 2031 wurde in Zeiten großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme beschlossen.

Die Stadt Frankfurt am Main steht mittlerweile wirtschaftlich und finanziell vor großen Herausforderungen.

Die Alternative für Deutschland betrachtet diese Entwicklungen, die mit dem rapiden Verfall unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats einhergehen, mit großer Sorge. Die AfD wurde im Jahr 2013 als eine Bewegung von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegründet, die die Führung unseres Landes nicht länger einer zunehmend überforderten und nicht mehr an den Interessen des Gemeinwohls ausgerichteten politischen Klasse überlassen wollten. Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Opposition gegen eine – den Bürgern als „alternativlos“ verkaufte – Politik der etablierten Parteien, die Deutschland in den ökonomischen und kulturellen Ruin zu treiben droht.

Die AfD bekennt sich zu den christlichen und den aufklärerischen Wurzeln unserer Kultur und unseres Staates und ist entschlossen, diese gegen ihre Verächter in Politik und Medien zu verteidigen. Von Diffamierungen im Zeichen der „politischen Korrektheit“ lässt sich die AfD nicht einschüchtern, denn sie weiß das Recht und das Grundgesetz auf ihrer Seite. Die AfD steht für Freiheit und Selbstverantwortung, für gesundes Selbstbewusstsein und Heimatliebe, für direkte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für ideologiefreien Realismus und ökonomische Vernunft, für Bürgersinn und Tradition.

Gestützt auf diese Leitideen hat die AfD Frankfurt am Main dieses Kommunalwahlprogramm am 20. September 2025 für die Wahlperiode 2026 bis 2031 beschlossen.

1 Haushalt und Finanzen

Die AfD fordert mittel- bis langfristig einen ausgeglichenen Haushalt und Schuldenabbau durch Reduzierung überflüssiger Ausgaben. Finanzielle Mittel müssen primär für die essenziellen Bereiche der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sicherheit und Infrastruktur. Die AfD fordert, sämtliche Subventionen der Stadt auf den Prüfstand zu stellen.

Obgleich Frankfurt zu den Städten mit dem höchsten Steueraufkommen pro Einwohner gehört und damit bundesweit im Vergleich zu anderen Kommunen einen beneidenswerten Vorteil genießt, schafft es die Frankfurter Politik seit Jahren nicht, mit dem Geld der Steuerzahler auszukommen.

Auch wenn die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Frankfurt über Jahre erfreulich hoch waren, kann aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nicht davon ausgegangen werden, dass dies mittel- und langfristig auch so bleibt.

Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die von der Stadt Frankfurt zu entrichtenden Umlagen innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) oder die Beiträge zum Landeswohlfahrtsverband tendenziell in Zukunft steigen werden. Auch ist mit wesentlich höheren Personalkosten in den nächsten Jahren zu rechnen.

Die Politik in Frankfurt hat sich über Jahre daran gewöhnt, das Geld der Steuerzahler auszugeben, als gäbe es kein Morgen. Der Schuldenstand der Stadt Frankfurt belief sich im Jahr 2015 auf ca. 1,5 Milliarden Euro, und nun, zehn Jahre später, sind es bereits 2,7 Milliarden Euro. Laut Planungen des jetzigen Magistrats soll der Schuldenstand bis zum Jahre 2027 sogar auf über 5 Milliarden Euro anwachsen.

Eine solche Finanzpolitik ist unverantwortlich und belastet zukünftige Generationen immens. Das Ziel muss deswegen ein ausgeglichener Ergebnishaushalt sein.

Um dies zu erreichen, muss sich die Politik den Bürgern gegenüber endlich ehrlich machen und klar kommunizieren: Die goldenen Zeiten sind vorbei!

Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss sich deswegen auf die Kernaufgabe konzentrieren: die kommunale Daseinsvorsorge.

Deswegen ist es nötig, alle freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Das Motto muss im Zweifel lauten: „Pflicht, statt Kür.“

Um dies zu erreichen, fordert die AfD folgende Maßnahmen:

1.1 Überprüfung aller freiwilligen städtischen Leistungen

Alle freiwilligen finanziellen Leistungen der Stadt sind daraufhin zu überprüfen, inwiefern für diese ein zwingendes öffentliches Bedürfnis besteht. Ferner ist zu prüfen, ob die Höhe der jeweiligen Leistung dem Zweck angemessen ist, ob die eigene Leistungsfähigkeit der letztlichen Nutzer berücksichtigt wurde und inwieweit Zuschussvergabe und Verwendungskontrolle die Erfüllung des öffentlichen Bedürfnisses sicherstellen.

Alle bisherigen städtischen Leistungen, die dieser Überprüfung nicht standhalten, werden entsprechend für die kommenden Haushaltsjahre gestrichen oder reduziert.

1.2 Projektbezogene Förderung ausbauen, institutionelle Förderung zurückfahren

Die finanzielle Förderung von Initiativen, Gruppen, Vereinen und Verbänden durch die Stadt Frankfurt wird ab sofort in Richtung einer projektbezogenen Förderung umgestellt. Diese Umstellung erfolgt behutsam, aber mit dem klaren Ziel, die institutionelle Förderung mittelfristig einzustellen. Sollten entsprechende Verträge bestehen, werden diese nicht wieder verlängert bzw. nach Möglichkeit innerhalb der nächsten drei Jahre gekündigt.

1.3 Pflichtaufgaben ohne Frankfurt-Aufschlag erfüllen

Bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichtaufgaben muss die Stadt Frankfurt die hohen selbstgesetzten Standards („Gold Plating“) grundsätzlich auf das erforderliche Normalmaß zurückdrehen. Sollte eine absolute Notwendigkeit gesehen werden, einzelne Pflichtaufgaben weiterhin mit erhöhten Standards zu erfüllen, so muss eine solche Ausnahme ausführlich und jährlich neu begründet werden.

1.4 Expansion der Planstellen stoppen

Die AfD fordert, die kontinuierliche Steigerung bei den Personalplanstellen zu stoppen und die Anzahl der Planstellen der Stadt für die kommenden fünf Jahre bei 11.000 einzufrieren. Dies soll ggf. durch Um- und Querversetzungen nach dem wirklichen Bedarf, eine beschleunigte Digitalisierung und durch eine vorsichtige Einstellungspraxis erreicht werden.

1.5 Städtische Schuldenbremse einführen

Die AfD fordert, um dem allen den nötigen Nachdruck zu verleihen, die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse. Dies bedeutet:

1. Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Netto-Neuverschuldung aufzustellen.
2. Nur bei einer deutlich negativen konjunkturellen Entwicklung dürfen Rücklagen aufgelöst werden, um den Haushalt auszugleichen. In konjunkturellen Phasen des Aufschwungs sind nach Möglichkeit Schulden zu tilgen.
3. Nur bei außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle der Stadt entziehen und die städtische Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann von dieser Schuldenbremse abgewichen werden. Die Abweichung ist mit einem Tilgungsplan zu verbinden. Die Kredite sind binnen eines angemessenen Zeitraums zurückzuführen.

2 Recht, Ordnung, Sicherheit

Als Partei des Rechtsstaats setzt sich die AfD für eine konsequente Rechtsanwendung ein. Es ist auch auf kommunaler Ebene eine der zentralsten Aufgaben staatlicher Institutionen, Sicherheit und Ordnung zu bewahren und die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Wie in anderen vor allem westdeutschen Großstädten ist auch in Frankfurt seit Jahren eine Erosion des Sicherheitsgefühls weiter Teile der Bevölkerung zu beobachten, welche die Freiheit von immer mehr Bürgern einschränkt. Die Freiheit ist dann bedroht, wenn bestimmte Gegenden oder Verkehrsmittel aus Angst vor kriminellen Übergriffen oder Belästigungen gemieden werden. Gleichzeitig wird jedoch, beispielsweise durch die Ausweitung von Waffenverbotszonen und Videoüberwachungsanlagen, lediglich Symptompolitik betrieben.

2.1 Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum

Auch in Frankfurt haben öffentliche Sicherheit und Ordnung in den letzten Jahren massiv gelitten. Gleichzeitig sinkt das Sicherheitsgefühl immer größerer Teile der Bevölkerung. Zunehmend meiden Frankfurter Bürger, aber auch Besucher der Stadt, bestimmte Gegenden oder bestimmte öffentliche Verkehrsmittel. Wenn die Ursachen hierfür auch vielfältig sind, so darf nicht verschwiegen werden, dass insbesondere die massive illegale Masseneinwanderung kulturfremder und zu einem erheblichen Teil integrationsunwilliger Migranten für die Erosion von Sicherheit und Ordnung verantwortlich ist. Für die AfD darf die zum politischen Kampfbegriff gewordene „Vielfalt“ nicht zu Lasten des Sicherheitsgefühls der Frankfurter Bürger gehen. Die Stadt Frankfurt darf hierbei nicht nur auf die Verantwortung von Landespolizei und Justiz verweisen, sondern muss im Rahmen der ihr zustehenden Möglichkeiten konsequent dafür Sorge tragen, dass öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden. Verstärkte Videoüberwachung an besonders kriminalitätsbelasteten Brennpunkten kann zwar eine sinnvolle vorübergehende Ergänzung bei Verbrechensbekämpfungsstrategien darstellen, eine flächendeckende Videoüberwachung wird durch die AfD jedoch abgelehnt. Bereits eingerichtete Videoüberwachungsanlagen müssen regelmäßig einer Betrachtung im Hinblick auf ihre weitere Erforderlichkeit und Sinnhaftigkeit unterzogen werden.

2.2 Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung

Die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Frankfurt am Main ist nicht mehr zeitgemäß und trägt der negativen Sicherheitslage auch in Frankfurt längst nicht mehr Rechnung. Einer Erosion der inneren Sicherheit geht immer eine Erosion der öffentlichen Ordnung voraus. Aggressive Bettler, Banden vor allem ausländischer Jugendlicher, Dreck und Belästigungen haben längst dazu geführt, dass vor allem die Innenstadt auf der Achse Hauptbahnhof-Konstablerwache insbesondere nachts und am Wochenende von immer mehr Frankfurter Bürgern und Besuchern gemieden wird. Für eine lebendige und lebenswerte Stadt von der auch internationalen Bedeutung Frankfurts ist das nicht hinnehmbar. Die Gefahrenabwehrverordnung muss im Zuge dieser Entwicklungen grundlegend überarbeitet und, wo nötig, deutlich verschärft werden.

2.3 Stadtpolizei aufstocken und Präsenz erhöhen

Die Stadtpolizei kann den zahlreichen an sie gestellten Aufgaben kaum noch wirksam nachkommen. Insbesondere an den Wochenenden und nachts sind Stadtpolizei und städtische Verkehrspolizei kaum wahrnehmbar, doch sind dies die Zeiten, in denen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Frankfurt am meisten leiden.

Überarbeitungen der Gefahrenabwehrverordnung bleiben dann wirkungslos, wenn nicht gleichzeitig die Durchsetzbarkeit von Recht gewährleistet wird. In diesem Sinne muss insbesondere die Stadtpolizei personell aufgestockt werden. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist Kernaufgabe des Staates, andere vor allem ideologiegetriebene Zuwendungen und freiwillige Zusatzaufgaben der Stadt Frankfurt haben gegenüber dieser Kernaufgabe auch finanziell konsequent zurückzutreten.

2.4 Antisemitismus konsequent bekämpfen

Auch in Frankfurt haben israel- und judenfeindliche Vorfälle und Angriffe seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel massiv zugenommen. In keiner anderen Stadt in Hessen war seitdem eine solche Vielzahl von pro-palästinensischen und antiisraelischen Demonstrationen zu verzeichnen, für die vornehmlich eine Allianz aus islamistischen Kreisen und der linksradikalen Szene verantwortlich zeichnete. Durch die Stadt Frankfurt als Versammlungsbehörde ist unter Ausschöpfung sämtlicher im Versammlungsrecht zur Verfügung stehender Mittel, insbesondere durch Auflagen, zu verhindern, dass es auf Versammlungen zu antiisraelischen oder sogar antisemitischen Straftaten kommt.

2.5 Rechtsfreie Räume verhindern, Zuwendungen an Extremisten streichen

Recht und Gesetz müssen uneingeschränkt für alle Aktivisten gelten, unabhängig von Motivation und Ideologie. Durch die linksextreme Szene illegal genutzte Räumlichkeiten sind konsequent zu räumen, die Stadt darf diesen Zustand rechtsfreier Räume nicht länger hinnehmen.

Städtische Zuwendungen für Gruppierungen, die Recht und Gesetz missachten, sind ausnahmslos zu streichen.

2.6 Erhöhung der Sicherheit in Verkehrsmitteln und Verkehrsanlagen

Der öffentliche Nahverkehr in Frankfurt hat durch Sicherheits- und Ordnungsstörungen massiv an Attraktivität eingebüßt. Bettler, aggressive Personengruppen, Belästigungen in Verkehrsanlagen sowie verdreckte U-Bahnhöfe und Haltestellen vor allem im Innenstadtbereich führen dazu, dass öffentliche Verkehrsmittel nur ungern genutzt werden.

Die Stadt Frankfurt muss hier wirksam entgegensteuern, insbesondere durch eine Aufstockung des VGF-Sicherheitsdienstes, konsequente Verweisung von Störern, Bettlern und Betrunkenen sowie Anwendung des Hausrechts gegenüber Personen ohne Fahrabsicht.

3 Wirtschaft

Frankfurt ist auf erfolgreiche Unternehmen besonders angewiesen. Die hohen Gewerbesteureinnahmen der Stadt sind die Voraussetzung dafür, dass die Frankfurter Kommunalpolitik – im Gegensatz zu den meisten anderen hessischen Kommunen – überhaupt noch über einen gewissen Gestaltungsspielraum verfügt. Eine kommunale Wirtschaftspolitik muss folglich die Voraussetzungen hierfür schaffen.

3.1 Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Freiheit setzen

Eine intelligente Wirtschaftspolitik besteht nicht darin, paternalistisch in unternehmerische Entscheidungen einzugreifen und z.B. durch steuerfinanzierte Fördertöpfe gewünschtes Verhalten von Unternehmen dirigistisch zu steuern. Eine „Förderitis“ ist grundsätzlich kein geeignetes Mittel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik.

Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik muss stattdessen die Rahmenbedingungen so setzen, dass Unternehmen ihre Potenziale frei entfalten können.

Plakativ formuliert: Die Stadtpolitik sollte Gewerbe und Wirtschaft den Weg freiräumen, statt Hindernisse zu schaffen.

Die AfD lehnt deswegen auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer grundsätzlich ab. Mittel- und langfristig sollte sogar eine Senkung der Gewerbesteuer angestrebt werden.

3.2 Maßnahmen im Bereich Verwaltung

Um Frankfurt als Wirtschaftsstandort zu stärken, fordert die AfD folgende Maßnahmen im Bereich Verwaltung:

- *Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung:*
Das Ziel muss sein, durch die Digitalisierung der Verwaltung den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu minimieren und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen.
- *Bürokratieabbau:*
Dort, wo die Stadt die rechtlichen Einflussmöglichkeiten hat, müssen gerade mittelständische und kleine Unternehmen sowie Existenzgründer durch Bürokratieabbau entlastet werden. Statt „von Pontius zu Pilatus“ laufen zu müssen, sollten Unternehmen nach Möglichkeit Verwaltungsdienstleistungen „aus einer Hand“ geboten werden.
- *Beschleunigung von Genehmigungsverfahren:*
Die Stadt Frankfurt muss Genehmigungsverfahren so organisieren, dass diese in einer möglichst kurzen Zeit bearbeitet werden können.

3.3 Maßnahmen im Bereich Infrastruktur

Um Frankfurt als Wirtschaftsstandort zu stärken, fordert die AfD folgende Maßnahmen im Bereich Infrastruktur:

- *Ausbau der digitalen Infrastruktur:*
Der Ausbau der digitalen Infrastruktur, aber auch der Ausbau der Energieversorgung dort, wo diese z.B. wegen der zahlreichen Rechenzentren an ihre Grenzen stößt, muss Priorität haben.
- *Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen in der Verkehrspolitik:*
Die stärkere Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse der Wirtschaft muss sichergestellt werden, da reibungslos funktionierende Lieferverkehre und Entsorgungstransporte sowie Geschäfts- und Servicefahrten und auch Einkaufsverkehre Voraussetzung für eine prosperierende urbane Wirtschaft sind. Ideologische Projekte, wie z.B. die Verkehrsberuhigung des Oeder Wegs, lehnt die AfD ab.
- *Schulische Infrastruktur:*
Die berufliche Bildung ist elementar für Gewerbe und Wirtschaft in Frankfurt. Deshalb dürfen die Berufsschulen durch die Frankfurter Bildungspolitik nicht weiter benachteiligt werden. Der bauliche Zustand vieler dieser Schulen ist geradezu skandalös. Die geradezu stiefmütterliche Behandlung dieser Schulen durch das zuständige Dezernat ist unverantwortlich!

3.4 Kommunale Unternehmen

Soweit sich die Stadt Frankfurt selbst wirtschaftlich betätigt, muss sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, d.h. auf jene Betriebe, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. Zu nennen sind hier die Bereiche Ver- und Entsorgung, Gesundheit und Verkehr.

In manchen dieser Bereiche ist eine Rekommunalisierung zu erwägen, um eventuelle Kosteneinsparungen oder besseren Service (z.B. ortskundige Busfahrer) zu realisieren.

In jedem Fall muss die Unternehmensführung durch das Stadtparlament kontrolliert werden.

4 Soziales und Gesundheit

Seit Jahrzehnten sind die Sozialausgaben der Stadt Frankfurt zu hoch. Ein hoher Sozialetat ist aber kein Anzeichen für eine sozial gut funktionierende Gesellschaft, sondern vielmehr ein Beleg für einen Staat, der seine Bürger in Abhängigkeit hält. Auf staatliche Hilfen angewiesen zu sein ist keine Schande, aber ein ernstzunehmendes Zeichen für die persönliche Abhängigkeit vom Staat und damit Unfreiheit. Der Staat wiederum degeneriert so zum „Reparaturbetrieb“ für eine dysfunktionale Gesellschaft.

Die im sozialen Bereich getätigten Ausgaben bedürfen daher eines strikten Controllings. Dazu gehören eine Erfolgs- und Qualitätskontrolle, welche Betrug und Missbrauch sowohl von Verbänden als auch Einzelpersonen strikt ausschließt. Die Gesundheitsversorgung der Menschen in Frankfurt muss flächendeckend gewährleistet sein.

4.1 Fokussierung auf sogenannte Pflichtleistungen wegen defizitärer Ergebnishaushalte und Überschuldung

Die Leistungen der Stadt müssen sich gerade jetzt, in Zeiten knapper Mittel, auf die sogenannten Pflichtleistungen dem Grunde nach beschränken. Freiwillige Leistungen der Stadt über das gesetzliche Maß hinaus gehören in Anbetracht defizitärer Ergebnishaushalte und der enormen Überschuldung der Stadt auf den Prüfstand. Streichungen und Kürzungen sind im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bis auf begründete Ausnahmefälle unvermeidlich.

Hinzu kommt, dass speziell im sozialen Bereich, aber nicht nur hier, Mittel ohne jede Erfolgs- oder Qualitätskontrolle ausgegeben werden. So richtete der Magistrat im Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transgender“ ein, ohne deren Aufgabenstellung zu konkretisieren und zugehörige Kosten und Kennzahlen für die Erfolgskontrolle festzulegen.

Die seinerzeitige Affäre um die Arbeiterwohlfahrt und ihre teilweise kriminellen Machenschaften hat gezeigt, dass ein effizientes und zielorientiertes Controlling städtischer Vergabe- und Zuschussämter dringend erforderlich ist. Für alle neu einzurichtenden Institutionen und Projekte mit Zuschussbedarf durch die Stadt sind der Handlungsbedarf, die Aufgabengestaltung und die Kriterien einer strikten Erfolgskontrolle festzulegen. Insbesondere sind vorab Zielvereinbarungen zu treffen, deren Zielerreichung in regelmäßigen Abständen, und insbesondere vor der Gewährung von weiterem Zuschussbedarf, kontrolliert wird.

Der projektbezogenen Förderung sollte nach gründlicher Überprüfung Vorrang gegenüber institutionellen Förderungen eingeräumt werden.

Weiter setzen wir uns dafür ein, dass Förderungen nur Vereinen, Festen und Hilfsangeboten zugesprochen werden, die für alle Frankfurter Bürger zugänglich sind. Durch städtische Gelder finanzierte Angebote sollen nicht dafür da sein, spezifischen Partikularinteressen zu dienen und somit effektiv Klientelpolitik zu betreiben.

Auch hat Frankfurt als Kommune die durch das Land Hessen beschlossene Bezahlkarte für Asylbewerber nach wie vor nicht umgesetzt. Die AfD setzt sich dafür ein, dies in ganz Frankfurt schnellstmöglich zu tun.

4.2 Eigenverantwortung der Bürger vor staatlicher Zwangsversorgung

Die AfD vertritt die Auffassung, dass der Bürger als Individuum besser weiß, was gut für die Stadt und die Ortsteile ist, als eine teilweise von den Menschen zu weit entfernte Stadtverwaltung. Die AfD setzt daher auf die Eigenverantwortung der Bürger der Stadt.

Weiter ist für die AfD die Familie nicht nur die Keimzelle und das Fundament unserer Gesellschaft und Kultur, sie ist eine einzigartige Gemeinschaft, in der für unser gesellschaftliches Zusammenleben so wichtige und unabdingbare Werte wie Fürsorge, Liebe, Solidarität, Respekt und Menschlichkeit vermittelt werden. Dies vorausgeschickt ist es das Recht und die Pflicht der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen. Dies beinhaltet auch Wahlmöglichkeiten der Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung. Der Staat darf sich nur in begründeten Ausnahmefällen in familiäre Angelegenheiten einschalten, beispielsweise zum Zwecke des Jugendschutzes.

Die AfD setzt sich für die bedarfsgerechte Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen ein. Auch ist hier auf eine ausgewogene Verteilung zwischen den Stadtteilen zu achten. Dabei begrüßt die AfD auch, wenn Unternehmen für ihre Mitarbeiter eigene Kindertagesstätten einrichten, und fordert, dass die öffentliche Hand solche Konzepte mit steuerlichen und sonstigen Anreizen unterstützt.

Gleichwohl darf es zu keiner Ungleichbehandlung von Kindertageseinrichtungen und Tagesmüttern kommen. Die AfD fordert deshalb, solche Betreuungsmodelle durch Zuschüsse zu unterstützen und vor allem auch die Tagesmütter bürokratisch zu entlasten.

4.3 Partizipation im Alter

Die gesellschaftliche Beteiligung älterer Menschen ist wertvoll und gewünscht. Senioren können jüngeren Menschen ihre Erfahrungen weitergeben sowie Orientierung, Kontinuität, soziale Geborgenheit und Sicherheit vermitteln. Kommunale Angebote sollten seniorengerecht gestaltet sein. Neben barrierefreien öffentlichen Einrichtungen und Geschäften haben Angebote für senioren-gerechtes Wohnen besondere Bedeutung. Dazu zählt die Förderung von unterschiedlichen, gemeinschaftlichen Wohnformen wie Mehrgenerationenhäusern. Die AfD fordert deshalb die Fortschreibung der partizipativen Altersplanung in Frankfurt.

4.4 Medizinische Infrastruktur der Stadt stärken

Für die AfD ist die Gesundheit der Bevölkerung ein zentrales Element der kommunalen Daseinsvorsorge. Die AfD fordert daher, dass die Stadt Frankfurt alles unternimmt, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten die plurale Krankenhaus- und Pflegeeinrichtungslandschaft zu erhalten und auszubauen. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im stationären Bereich ist durch die zunehmende Kommerzialisierung der Krankenhäuser gefährdet.

Als letztes kommunal-betriebenes Krankenhaus sind die Varisano-Kliniken Höchst hiervon betroffen. Sie sind ein Krankenhaus der Maximalversorgung, und damit ein Kern der kommunalen Gesundheitsversorgung. Sie dürfen daher keinen Profitinteressen unterworfen werden. Weiter ist die ambulante kassenärztliche Versorgung in manchen Stadtteilen unzureichend. Die AfD fordert daher eine bessere Vernetzung der Gesundheitsinstitutionen untereinander. Ziel muss die Aufrechterhaltung der Kliniken sowie die Bereitstellung ausreichender Bettenkapazität in den verschiedenen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen im Frankfurter Stadtgebiet sein.

Zur Verbesserung der kassenärztlichen Versorgung könnte die Stadt Frankfurt beispielsweise auch die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Stadtteilen fördern (z.B. durch preisgünstige Überlassung von Räumen) oder freie Kassenarztsitze kaufen und in ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) einbringen.

4.5 Klare Verhältnisse in der Frankfurter Drogenpolitik

Die Zahl der Suchtkranken und Drogenabhängigen – insbesondere der Crack- und Heroinabhängigen – ist unverändert hoch. Es ist daher unumgänglich, dass der Weg der Prävention und der Hilfe für Suchtkranke stärker als in der Vergangenheit von repressiven polizeilichen Maßnahmen begleitet wird. Es gilt insbesondere, die das Bahnhofsviertel mit billigen und zumeist verunreinigten Drogen versorgenden Kriminellen dingfest zu machen und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung für alle in diesem Viertel wiederherzustellen. Die Verlegung gewisser Drogenhilfeeinrichtungen aus dem Bahnhofsviertel heraus darf und sollte beim Kampf gegen den Drogenhandel kein Tabu sein.

Auch in den Drogenhilfeeinrichtungen fehlt es an einer dringend benötigten Erfolgskontrolle. Diese sollte sich vor allem daran orientieren, ob die Hilfseinrichtung den dort versorgten Menschen den Weg aus ihrer Sucht erfolgreich weisen kann.

Sollte dies nicht der Fall sein, dann muss das dort angewandte Konzept mit Blick auf Erfolgsorientierung überarbeitet werden.

Weiter ist der Zugang für alle Hilfseinrichtungen in der Drogenhilfe nur auf Frankfurter Bürger zu beschränken. In der Vergangenheit hat sich deutlich gezeigt, dass die Mehrheit der in den Frankfurter Hilfezentren behandelten Suchtkranken nicht aus Frankfurt und teilweise nicht einmal aus Hessen stammt. Diesem Zustand muss entgegengewirkt werden, um die Sogwirkung Frankfurts auf Drogenabhängige entschieden zu verringern.

5 Schule und Bildung

Die AfD fordert einen konsequenten Ausbau der Schulinfrastruktur ein, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, ohne Bevorzugung bestimmter Schulformen. Die anstehenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sind schnell, gezielt und unbürokratisch umzusetzen.

5.1 Investitionsstau zügig beheben

Die politischen Versäumnisse der Vergangenheit haben an vielen Frankfurter Schulen zu katastrophalen baulichen und hygienischen Mängeln geführt. Die bisher Zuständigen sind mit der Situation überfordert. Großen Ankündigungen wie der sogenannten Schulbauoffensive ist Ernüchterung gefolgt: Die Mehrheit der Projekte hat nicht einmal die Planungsphase erreicht. Gleichzeitig findet Unterricht in Frankfurt zunehmend in Containern und sogar einsturzgefährdeten Gebäuden statt. Hier muss dringend gegengesteuert werden. Wir fordern daher die rasche und unbürokratische Umsetzung anstehender Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sowie einen am tatsächlichen Bedarf orientierten Ausbau der Schulinfrastruktur. Denn das sind wir den Kindern und Jugendlichen schuldig.

5.2 Mangel an Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und Horten beseitigen

In Frankfurt ist es schwierig, Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und Horten zu finden. Grund hierfür ist der erhebliche Mangel an Erzieherinnen und Erziehern. Dies wiederum ist auf die unzureichende Bezahlung dieser Tätigkeiten und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zurückzuführen. Deshalb sollten bessere Vergütungsstrukturen geschaffen und die Ausbildung zum Erzieher kostenfrei gestellt werden. Darüber hinaus sollte die Stadt Frankfurt Stellenangebote für Erzieher mit einem Wohnraumangebot verbinden.

5.3 Stärkung des differenzierten Schulsystems

Unser bildungspolitisches Ziel ist ein auf dem Leistungsprinzip beruhendes Schulsystem, das Aufstiegsmöglichkeiten für alle Schüler ermöglicht. Die AfD möchte Leistungsbereitschaft anerkennen und fördern, da Leistung wesentlich ist für Bildungserfolg und Leistungsgerechtigkeit/gesellschaftliche Teilhabe. Jedes Kind verfügt dabei über Begabungen und Befähigungen, die sich von Kind zu Kind unterscheiden.

Um diesen Unterschieden gerecht zu werden, befürwortet die AfD das dreigliedrige Schulsystem, das die unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler berücksichtigt und ihre individuellen Bedürfnisse unterstützt.

5.4 Illusion Inklusion – Beibehaltung der Förderschulen

Die 2006 verabschiedete UN-Behindertenkonvention hatte zum Ziel, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule besuchen dürfen. Zwischen den politischen Vorstellungen und schulischen Realitäten klaffen jedoch oftmals pädagogische Welten. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen eine zeitintensive Förderung und Betreuung, die eine Schule mit Regelbetrieb im Normalfall nicht leisten kann.

Die anfängliche Begeisterung über den Inklusionsgedanken ist daher einer großen Ernüchterung gewichen. Besonders bezuschusste pädagogische Konzeptionen wie das der Inklusion sind daher kritisch zu hinterfragen, da die Umsetzung in vielen Schulen weder auf den Förderbedarf des Einzelnen noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht nimmt. Für eine funktionierende Inklusion fehlt ferner meist auch das Lehrpersonal.

Förderschulen müssen daher erhalten und ausgebaut werden, um für jedes Kind mit Förderbedarf die geeignete Schule anbieten zu können.

5.5 Aufwertung der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung ist wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Sie sichert die Summe an zukünftigen Fachkräften und fördert die Jugendbeschäftigung. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland. Das deutsche System der beruflichen Bildung mit seiner dualen Berufsausbildung muss daher gerade in Zeiten der Inflation von akademischen Abschlüssen mit geringen Zukunftsaussichten und steigenden Studentenzahlen gestärkt werden.

Aus dieser Perspektive kann es bei der Frage nach der Aufwertung von Berufsschulen nicht allein um bessere materielle Ausstattung oder Digitalisierung gehen. Wir halten eine stärkere regionale Präsenz der Frankfurter Berufsschulen für wichtig und möchten dies in regionalen Netzwerken stärken sowie die regionale Verzahnung von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen fördern.

Die AfD unterstützt daher auch das Konzept von regionalen Berufsbildungszentren, sodass sich berufsbildende Schulen durch eine eigene Profilbildung, sei es durch berufliche Schwerpunktbildung oder durch besondere Angebote in der Weiterbildung, auf den regionalen Arbeits- und Bildungsmärkten stärker positionieren können.

6 Planen, Bauen und Wohnen

Die AfD möchte ein lebenswertes Frankfurt!

Hierfür braucht Frankfurt eine Neujustierung im Bereich der Stadtentwicklung. Es ist entscheidend, dass verschiedene Faktoren ausgeglichen berücksichtigt werden. Es muss sowohl der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, als auch dem Erhalt der Aufenthalts- und Lebensqualität Rechnung getragen werden.

6.1 Analyse Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt in Frankfurt ist aufgrund des verstärkten Zuzugs angespannt. Dies hat in der Vergangenheit in erheblichem Umfang zu Mietpreissteigerungen geführt. Der angespannte Wohnungsmarkt ist jedoch nicht nur gekennzeichnet durch ein zu geringes Angebot an Wohnungen insgesamt, sondern vor allem durch einen Mangel an günstigem Wohnraum, der auch für Normal- und Geringverdiener bezahlbar ist.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist aber auch einer der wichtigsten Gründe für den Mangel an Fachkräften, die für die soziale und technische Infrastruktur der Stadt entscheidend sind.

Die in den vergangenen Jahren in Frankfurt neu entstandenen Wohnungen zählen überwiegend zum oberen Preissegment, das für Gering- und Normalverdiener nicht finanzierbar ist. Verschärft wird die Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt durch den Zuzug von „Flüchtlings“, die dort mit den sozial schwächeren Frankfurtern um günstige Wohnungen konkurrieren.

6.2 Bauland mit Bedacht erschließen

Die Schaffung neuen Wohnraums beginnt mit der Bereitstellung von Bauland, Nachverdichtung und der Wiedernutzbarmachung brachliegender Areale. Dies ist wichtig, um das Angebot an Wohnungen zu steigern.

Allerdings bedeutet vor allem die unbedachte Erschließung von Bauland für Frankfurt auch das Risiko einer Reduktion der Lebensqualität, zum Beispiel durch das Verbauen von Frischluftschneisen oder Grünflächen. Die AfD setzt sich für die bedachte Schaffung von Bauland ein, um Frankfurt auch für die Zukunft lebenswert zu halten, aber gleichzeitig neuen Wohnraum zu erschließen.

6.3 Abbau kommunaler Bauvorschriften

Bauen in Deutschland ist vor allem durch Bauvorschriften aus EU, Bund und Land kaum noch bezahlbar, darunter leiden Privatpersonen, die Wirtschaft und kommunale Gesellschaften. Eine Steigerung der Mietpreise ist auch eine direkte Auswirkung dieser Tatsache.

Kommunale Bauvorschriften, wie zum Beispiel der Baulandbeschluss und die Freiraumsatzung, schaffen hier zusätzliche Kosten und Hürden, und verschlimmern diese Problematik. Die AfD setzt sich deshalb für eine Abschaffung zusätzlich Kosten verursachender kommunaler Bauvorschriften in Frankfurt ein.

6.4 Vergabe geförderten Wohnraums

Durch das massive Bevölkerungswachstum Frankfurts in den letzten Jahren ist es nicht möglich gewesen, durch das Bauen neuen Wohnraums das Wohnen in Frankfurt bezahlbarer zu machen, da dies nicht in entsprechender Geschwindigkeit geschehen kann, und auch nicht genügend Flächen vorhanden sind. Man muss also anerkennen, dass sich an diesem Zustand auch in Zukunft nichts ändern lässt.

Gleichwohl gibt es Fachkräfte, die für das Funktionieren einer Kommune essenziell sind. Somit hat die Stadt ein direktes Interesse daran, dass solche Fachkräfte auch Wohnraum in Frankfurt finden. Die AfD fordert daher bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum eine Favorisierung jener, die für die soziale und technische Infrastruktur der Stadt besonders wichtig sind. Dabei handelt es sich vor allem um Erziehungskräfte, Kranken- und Altenpfleger, Polizisten, Feuerwehrleute und Fachkräfte in all den anderen Bereichen der Daseinsvorsorge in einem funktionierenden Gemeinwesen.

Weiterhin sollte für die genannten Fachkräfte die Revitalisierung des früher weitverbreiteten Konzepts der „Betriebswohnungen“ erwogen werden.

6.5 Revitalisierung der Innenstadt und von Stadtteilzentren

Die Entwicklung der Innenstadt sowie von Stadtteilzentren soll besonders in den Fokus gerückt werden. In den einzelnen Stadtteilen muss eine Grundversorgung mit Lebensmittelmärkten, Bäckereien, Metzgereien und sonstigem Einzelhandel vorhanden sein. Dies gilt vor allem auch für Neubaugebiete, bei denen dieser Aspekt in der Vergangenheit oft unzureichend beachtet wurde.

Die Dominanz des Onlinehandels stellt den Einzelhandel vor Ort generell vor große Herausforderungen. Gleichwohl gilt: Letztlich entscheiden die Menschen mit ihrem Kaufverhalten darüber, ob die Innenstädte und Stadtteilzentren mit einem florierenden Handel attraktiv und lebendig bleiben. Die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmittelmärkten, medizinischen Einrichtungen, Gastronomie und kulturellen Einrichtungen wie Büchereien ist dabei ein wichtiger Baustein für Frequenz, die auch dem Einzelhandel zugutekommt.

Dazu zählt aber auch ein Verkehrskonzept, welches die Mobilität so organisiert, dass keinem Mobilitätszweig eine einseitige Gewichtung zukommt. Letztendlich entscheidet der Bürger, wie er sein Ziel erreichen will.

Ein weiterer Faktor ist der Erhalt unserer Historie: Die Stadt Frankfurt ist eine der geschichtlich bedeutsamsten Städte Deutschlands und Europas. Das Erbe der Stadt zu bewahren ist Aufgabe der Stadtpolitik. Deshalb setzen wir uns sowohl für die Erhaltung und Aufwertung historischer Bauten wie auch für die Rekonstruktion vormals zerstörter historischer Bausubstanz ein. Dies verschönert nicht nur das Stadtbild, es führt auch zu einer Steigerung der Tourismuseinnahmen, welche für die Stadt von hoher Bedeutung sind.

7 Verkehr

Die AfD steht für eine bedarfsgerechte, aber auch umweltschonende Verkehrspolitik, die sowohl die Interessen der Frankfurter Wirtschaft durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur berücksichtigt als auch zugleich den Bedürfnissen der Bürger Rechnung trägt, frei von ideologischen Zielen, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugen oder diskreditieren. Der Staat darf im Bereich Schienen- und Radverkehr Angebote schaffen, denen die Autofahrer nicht widerstehen können. Im Vordergrund steht jedoch stets die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Verkehrspolitische Schikanen, Kosten erhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr oder auf das Fahrrad erzwungen werden soll, lehnt die AfD explizit ab.

Dies vorausgesetzt fordert die AfD in Frankfurt eine Verkehrspolitik, die sich deutlich von der Programmatik der regierenden Parteien unterscheidet, welche die Verkehrswende stets mit viel ideologischem Eifer und Aktionismus bei gleichzeitigem Mangel an Professionalität vorantreiben.

Durch die aktuelle Verkehrspolitik der Stadt erleiden einzelne Unternehmen, insbesondere der Einzelhandel, bereits relevante Umsatzverluste. Der von der Römerkoalition verabschiedete „Masterplan Mobilität“ sieht darüber hinaus noch einmal eine weitere Verdrängung von Autos aus der Innenstadt vor. Das Auto wird von der gegenwärtigen Stadtpolitik geradezu zum Feindbild erklärt.

Dies ist ein unmittelbarer Angriff auf den Einzelhandel sowie die individuelle Mobilität und Lebensqualität in Frankfurt.

7.1 Infrastrukturinvestitionen im Bereich Straßenverkehr (Auto & Fahrrad)

Die AfD fordert folgende Maßnahmen für eine verantwortungsbewusste Verkehrspolitik im Bereich Straßenverkehr (Auto und Fahrrad):

- Die Straßenqualität ist aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern (Stichwort: Schlaglöcher).
- Parkraum muss erhalten bleiben, statt ihn immer weiter abzubauen.
- Öffentliche Parkhäuser in der Innenstadt sind zu modernisieren und die Parkraumbewirtschaftung durch eine Steuerung von Angebot und Nachfrage z.B. mittels künstlicher Intelligenz zu optimieren. Öffentliche Parkhäuser müssen nicht zuletzt im Interesse des Einzelhandels weiterhin gut erreichbar sein.
- Die Schaffung von Park-&-Ride-Plätzen mit gutem ÖPNV-Anschluss muss vorangetrieben werden, um Pendler zum Umstieg auf den ÖPNV zu animieren.

- Der Ausbau eines sicheren und schnellen Radwegenetzes ist voranzutreiben, darf sich aber nicht auf den Innenstadtbereich konzentrieren, sondern muss sich auch auf die „Außenbezirke“ erstrecken.
Dabei müssen jedoch unbedingt die Interessen des motorisierten Verkehrs so weit wie möglich berücksichtigt werden, damit nicht wie an vielen Stellen in der Innenstadt kaum genutzte und überdimensionierte Fahrradwege zu unnötigen und umweltschädigenden Verkehrsstaus führen.
Ein Rück- bzw. Umbau von Fahrradwegen, die nachweislich kaum genutzt werden und sich damit als kontraproduktiv erwiesen haben – wie entlang der Berliner Straße – darf kein Tabu sein!

7.2 Infrastrukturinvestitionen im Bereich Schienenverkehr und ÖPNV

Die AfD fordert folgende Maßnahmen für eine verantwortungsbewusste Verkehrspolitik im Bereich Schienenverkehr und ÖPNV:

- Der ÖPNV in Frankfurt muss vor allem zuverlässig sichergestellt sein. Wer Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen will, muss dafür sorgen, dass dieser auch zuverlässig fährt. Zeitweilige Fahrplanausdünnungen wie z.B. bei U4 und U5 sind da kontraproduktiv.
- Die Regionaltangente West muss so zügig wie möglich fertiggestellt werden.
- Die Planung der Regionaltangente Ost muss beschleunigt werden. Dabei sind die Bürger vor Ort einzubeziehen. Die angedachte Verlegung der Bahntrasse über das Riedbad in Bergen-Enkheim hinweg durch Naturschutzgebiet, Bannwald und Kleingärten lehnt die AfD ab.
- Sofern die Haushaltsmittel es zulassen, werden Planung und Bau eines zweiten S-Bahntunnels so schnell wie möglich umgesetzt.

7.3 Wirtschaft und Gewerbe

Die AfD fordert folgende Maßnahmen für eine verantwortungsbewusste Verkehrspolitik im Bereich Wirtschaft und Gewerbe:

- Die Hauptverkehrsachsen für Kraftfahrzeuge müssen erhalten und, wo nötig, ausgebaut werden.
- Es ist eine kundenfreundliche Verkehrsführung sicherzustellen, so sind z.B. Beeinträchtigungen durch Einbahnstraßen zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.
- Der Einzelhandel soll, wo immer möglich, durch bessere Parkmöglichkeiten für Kunden unterstützt werden.
- Ein Anwohnerparkausweis für Gewerbetreibende (8-18 Uhr) soll eingeführt werden.
- Der Bezug eines Gewerbeparkausweises muss entbürokratisiert und die Regularien müssen vereinfacht werden. Auch die Gebühren sind zu senken.
- Die Industriestraßen in Frankfurt müssen beschleunigt saniert werden.

8 Kultur

Frankfurt kann auf ein reichhaltiges Kulturangebot blicken, das in Hinsicht auf den Tourismus auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt. Das Kulturangebot ist daher ein Kernpunkt der Attraktivität Frankfurts. Wir unterstützen den kulturellen Bereich, fordern aber eine kritische Überprüfung der Ausgaben.

8.1 Kulturpolitische Förderungen

Wir haben den Anspruch, Kultur zu erhalten und zu fördern, aber gleichzeitig wird auch auf die Ausgaben geachtet werden müssen. Die kulturpolitischen Förderungen der Stadt Frankfurt müssen daher, vor allem unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit, in den Fokus gerückt werden. Es muss evaluiert werden, was und in welchem Umfang gefördert wird. Subventionen sind in diesem Zuge vollständig offenzulegen.

Für die AfD ist die Förderung von Nachwuchstalenten in der Kunst- und Theaterszene von großer Bedeutung, da nur so auch für die Zukunft gewährleistet werden kann, dass die Frankfurter Kulturszene weiter ein hohes Maß an Qualität und Anziehungskraft behält. Bei der Vergabe von Förderungen muss allein das Talent entscheiden, Förderungen dürfen nicht nach ideologischen Maßgaben erfolgen.

Um die kulturelle Identität der Region zu stärken, möchten wir darüber hinaus auch kleinere Frankfurter Bühnen wie das Frankfurter Volkstheater, die fliegende Volksbühne und weitere Mundartprojekte unterstützen.

Für diese Art von Förderung sind städtische Kultursubventionen unumgänglich, wir möchten diese jedoch zukünftig verstärkt durch gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerliche Kulturinitiativen unterstützt wissen, um die Abhängigkeit von besagten Subventionen zu verringern, auch im Hinblick auf finanziell angespannte Zeiten.

8.2 Finanzierung der Frankfurter Oper und des Schauspielhauses

Der Neubau des Schauspielhauses und der Frankfurter Oper sind beschlossen. Gerade für den Neubau des Schauspielhauses, welches entlang der neu zu errichtenden Kulturmeile an der Neuen Mainzer Straße entstehen soll, plant die Stadt Frankfurt erhebliche Kosten ein. In Anbetracht der vermutlich in Zukunft sinkenden Gewerbesteuereinnahmen ist aber aus Sicht der AfD noch völlig offen, ob die Stadt Frankfurt dieses Mammutprojekt überhaupt finanzieren können. Sollte nur eines der Projekte finanzierbar sein, entweder Oper oder Schauspiel, dann werden wir uns für den Erhalt der Oper einsetzen, welche international hohes Ansehen genießt, was für das Schauspielhaus nicht in diesem Umfang der Fall ist. Teile der freiwerdenden Kapazitäten könnten dann zur Förderung der freien Theaterszene genutzt werden, da auch die Förderungen dieser bei einem Rückgang der Gewerbesteuer auf dem Prüfstand stehen werden.

8.3 Kultur ist mehr als Theater und Oper

Der Bereich Kultur umfasst nicht nur Theater und Oper, auch Museen und der Frankfurter Zoo gehören dazu. Gerade diese Angebote sind Teil der Attraktivität Frankfurts für Touristen aus dem Umland und der ganzen Welt. Die AfD setzt sich ausdrücklich für den Erhalt und Ausbau unserer Museen und des Frankfurter Zoos ein, damit diese Angebote auch zukünftige Generationen erfreuen und zum positiven Ruf unserer Kommune beitragen können.

8.4 Denkmalschutz

Ein wichtiges Thema sehen wir auch in Schutz und Pflege historischer Denkmäler. Der Schutz und Erhalt dieser ergibt sich aus unserer Verantwortung, unsere reiche Geschichte zu erhalten. Dies ist für die AfD in Zeiten von Umbenennung und Beschädigung beziehungsweise Zerstörung unserer Denkmäler von besonderer Wichtigkeit.

Auch ist in diesem Bereich ehrenamtliches Engagement unbedingt zu unterstützen. Etliche Bürger engagieren sich zum Beispiel freiwillig, um auf dem Hauptfriedhof als Grabpaten denkmalgeschützte Gräber zu pflegen und zu restaurieren. Wir begrüßen dieses wichtige Engagement der Bürger für den Denkmalschutz ausdrücklich.

9 Heimat und Identität

Wir lieben Frankfurt! Hier ist unser Zuhause, unsere Familie, Freunde – Heimat. Diese wollen wir in Ihrer Identität bewahren und durch das 21. Jahrhundert führen. Dazu zählen nicht nur Dom und Römer, Goethe-Haus und Friedrich-Stoltze-Denkmal, Grieß und Äpfel, sondern auch der Wäldchen Tag, die Dippemess, unsere Straßen-, Vereins-, und Stadtteilstädte sowie die Turn- und Sportvereine. Es sind die gemeinsamen Geschichten und Erfahrungen von gestern und heute, die uns verbinden und das lebenswerte Frankfurt von morgen gestalten lassen.

Der insbesondere seit 2015 andauernde Zustrom an Migranten aus zum Teil sehr kulturfremden Regionen und die bisherige Politik der offenen Grenzen überfordert unsere Heimatstadt massiv mit Blick auf die innere Sicherheit und das Bildungssystem sowie die soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Spürbar sind diese fatalen Folgen extremer, kultureller Unterschiede und außer-europäischer Konflikte auch in Frankfurt.

9.1 Frankfurt am Main – eine internationale Stadt

In Frankfurt gibt es viele Menschen mit ganz unterschiedlichen Wurzeln, die einen positiven Beitrag für unsere Stadt leisten. Gerade die Internationalität ist ein Markenzeichen Frankfurts. Menschen aus fast allen Nationen der Welt sind in Frankfurt am Main gemeldet. Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund stellen schon heute die Mehrheit der Einwohner. Die Ansicht jedoch, dass jede Form der Zuwanderung aus sich heraus ein Gewinn sei, hat sich als Irrtum erwiesen.

Wir begrüßen ausdrücklich alle zugewanderten Menschen, die in Frankfurt einen geregelten Lebensunterhalt für sich und ihre Familien durch eigene Arbeit erwirtschaften. Gleichzeitig bedarf es einer anderen Handhabung gegenüber denen, auf die dies nicht zutrifft und die das friedliche Zusammenleben der Frankfurter Bürger mitunter stören.

Diesen unterschiedlichen Herausforderungen gerecht zu werden, möchten wir uns als AfD auch auf kommunaler Ebene widmen.

9.2 Integration und Ankommen

Die Integration von Zugezogenen und Zugewiesenen, Fachkräften und Migranten, zum wirtschaftlichen und sozialen Wohle unserer Stadt ist eine zentrale Aufgabe der Kommune.

Fachkräfte

Wir begrüßen ausdrücklich qualifizierte Fachkräfte für Branchen mit einem tatsächlichen Mangel an Arbeitskräften, besonders in den Bereichen der Grundversorgung und Daseinsvorsorge wie z.B. Pflegepersonal und fordern für diese:

- bessere Arbeitsmarktbeteiligung & Arbeitsintegration
- öffentlich finanzierte Sprachkurse
- Unterstützung bei der Suche und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum

Migranten und Asylbewerber

Wir betonen die ungelösten Herausforderungen durch die Vielzahl von Migranten und Asylbewerbern aus nicht-europäischen, insbesondere vorderasiatischen oder afrikanischen Gebieten. Die Symbiose aus überbordendem Sozialstaat und multikultureller Integrationspolitik hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass auf Migranten kaum positiver Druck ausgeübt worden ist, sich initiativ die deutsche Sprache und Kultur anzueignen. Sprachdefizite, eine niedrige Arbeitsmarktbeteiligung, starke Segregation sowie eine hohe Kriminalitätsrate unter Migranten sind die wesentlichen Gründe für Integrationsdefizite. Gerade nicht oder kaum (aus)gebildete – respektive alphabetisierte – Migranten werden zu leicht zum Sozialfall, ohne sinnstiftende Aufgaben in der Gesellschaft übernehmen zu können.

Deshalb fordern wir für erwerbsfähige Asylbewerber mit Bleibeperspektive:

- Deutschkurse ausbauen – weiterführend und erfolgsorientiert
- Integrationskurse positiv weiterentwickeln in Hinblick auf Deutschlands Demokratie, seinen Rechtsstaat, die kultur- und geistesgeschichtlichen Wurzeln
- Übernahme von integrationsfördernden Tätigkeiten – in der städtischen Daseinsfürsorge und in stadtnahen Betrieben

Für Migranten und Asylbewerber ohne Bleibeperspektive wie für bereits abgelehnte oder sich illegal im Land befindliche Asylbewerber fordert die AfD, keine weiteren Integrationsleistungen zu erbringen, um jene mit einer Bleibeperspektive besser integrieren zu können. Stattdessen sind deutliche, verstärkte Anstrengungen der Stadt erforderlich, Personen ohne Bleibeperspektive in ihre Heimatländer oder in vorher betretene Schengen-Staaten nach den Dubliner Abkommen zurückzuführen, z.B. durch die Unterstützung der zuständigen Landes- und Bundesbehörden. Massive Probleme ergeben sich insbesondere aus der großen Anzahl dieser Einwanderergruppen, die die Unterbringungs- und Versorgungskapazitäten der Kommunen bei weitem überfordern. Unabhängig hiervon sind auch die finanziellen Mittel der Kommunen massiv überlastet, da Bund und Länder in keinem Fall die Gesamtkosten der Zuwanderung übernehmen. Zusätzliche finanzielle Mittel sind nur durch zusätzliche Schuldenaufnahme, höhere Steuern und Abgaben für Bürger und Wirtschaft oder Einschränkungen kommunaler Leistungen bereitzustellen. All dies trifft auch für unser Frankfurt mit seiner zunehmend angespannten Haushaltslage zu, weshalb die AfD hier eine grundlegende Wende in der Finanzierung fordert.

Der Migrationsdruck darf nicht weiter erhöht werden. Wir fordern den Ausstieg aus Programmen zur zusätzlichen, über die gesetzliche Verteilungsquote hinausgehende Aufnahme von Migranten (z.B. „sicherer Hafen“).

9.3 Assimilation und neue Heimat

Es ist kaum möglich, Integration ohne anschließende kulturelle Assimilation zu betrachten. Findet zu wenig Assimilation in eine Stadtgesellschaft statt, bilden sich Parallelgesellschaften, in denen Migranten die Normen und Werte ihrer Herkunftsländer weitergeben, anstatt diejenigen der neuen Heimat zu übernehmen. Dies führt dazu, dass eine Gesellschaft langfristig erodiert. Eine Gesellschaft kann langfristig daher nur funktionieren, wenn die Mitglieder gemeinsame Normen und Werte teilen, die meist durch Familien oder soziales Umfeld angelegt werden. Dabei sind insbesondere die über die Landessprache hinausgehenden Faktoren wie kulturelle Traditionen wichtige Elemente bei der gemeinsamen Identifikation.

Die aktuelle Praxis (auf der Grundlage des 2010 in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Diversitätskonzeptes), in der sich Migranten über Generationen häufig eher mit der Kultur der Heimat ihrer Vorfahren verbunden fühlen, kann als misslungen im Sinne der Assimilation betrachtet werden. Die AfD fordert daher eine Korrektur des oben genannten Diversitätskonzeptes.

Kultur hat aber auch viel mit Emotionen zu tun und ist daher keine Sache des reinen Verstandes. An dieser Stelle ist insbesondere die Alltagskultur gemeint, mit der Normen und Werte vermittelt werden und die durch Sozialisation bereits im Kindesalter angelegt sind. Da diese bereits ab dem Elternhaus über Rituale und alltägliche Erfahrungen verankert wird, ist sie nur schwer in einem Integrationskurs zu erlernen. Neben Leistungen der Gesellschaft für Einwanderer ist also auch eine aktive Bereitschaft von den Einwanderern zu fordern, sich selbst aktiv sozial und gesellschaftlich in die Mehrheitsgesellschaft einzufügen und die hiesige Kultur zumindest teilweise leben und lieben zu lernen, damit neue Heimat wachsen kann.

10 Umwelt

Die AfD will Umweltschutz statt Klimaschutz. Aufgabe der Stadt ist es, die Lebensqualität der Bürger vor Ort zu erhalten und zu verbessern.

Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für die Bürger und elementar für die Lebensqualität in Frankfurt. Umweltschutz darf dabei jedoch nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Der politische Anspruch, einen Klimawandel durch städtische Maßnahmen aufhalten zu wollen, zeugt von einer anmaßenden Selbstüberschätzung Frankfurter Kommunalpolitiker. Eine städtische Klimapolitik dient der subjektiven Befriedigung links-grüner Befindlichkeiten und ideologisch aufgeladener Lobby-Gruppen, hat aber keinerlei tatsächliche Auswirkungen auf das Klima.

Die Stadt Frankfurt möchte, wie dies im Koalitionsantrag „Klimaneutrales Frankfurt 2035“ im Jahre 2022 beschlossen wurde, bis zum Jahr 2035 „klimaneutral“ werden. Für die Stadtverwaltung soll dieses sogar bis 2030 erreicht werden. Die AfD hält dies für einen fatalen Irrweg. Selbst wenn man davon ausginge, dass der Klimawandel zu 100% anthropogene Ursachen hätte, ist der Anteil Frankfurts daran schlicht nicht messbar. Dies rechtfertigt somit keine teuren, mit Steuerzahlergeld finanzierten Maßnahmen in Millionenhöhe.

Die ideologische Fixierung auf nicht grundlastfähige sogenannte „erneuerbare Energien“ lehnt die AfD dabei ab. Frankfurt hat sich im Laufe der letzten Jahre zur „Hauptstadt der Rechenzentren“ entwickelt. Der damit verbundene Energiebedarf kollidiert mit den selbstgesteckten Klimazielen. Auch hier trifft Ideologie auf Realität.

Alle Maßnahmen der Frankfurter Kommunalpolitik im Bereich Umweltschutz müssen ideologiefrei und auf das Interesse der Frankfurter Bürger ausgerichtet sein. Es gilt, die Lebensqualität in der Stadt Frankfurt zu verbessern.

10.1 Städtisches Mikroklima verbessern

Aufgabe der Kommunalpolitik ist es nicht, die Welt zu retten, sondern die Lebensqualität der Frankfurter Bürger sicherzustellen.

Sinnvoll ist es somit sehr wohl, sich den klimatischen Veränderungen durch geeignete Maßnahmen anzupassen.

Die AfD unterstützt alle umweltpolitischen Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Mikroklimas in Frankfurt beitragen. Dazu gehören z.B. Maßnahmen zur Begrünung und Flächenentsiegelung. Ganz besonders sind aber hier die städtischen Frischluftschneisen hervorzuheben. Diese sind zu bewahren und dürfen nicht „zugebaut“ werden.

Die vorhandenen Grünflächen sollen erhalten und – soweit erforderlich – qualitativ verbessert werden. Der Grüngürtel ist zu schützen und darf in seiner Substanz nicht verändert werden.

10.2 Sauberkeit im öffentlichen Raum

Zur städtischen Lebensqualität gehört nicht nur eine gesunde, sondern auch eine saubere Umwelt. Gerade hier hat sich Frankfurt in den letzten Jahren stark zum Negativen verändert. Die Vermüllung des öffentlichen Raumes ist mittlerweile für viele Bürger ein nicht länger hinnehmbares Ärgernis. Appelle und Kampagnen wie #cleanffm haben sich als ungeeignet erwiesen, diesem Problem Herr zu werden.

Die AfD fordert daher:

- für „Müllsünder“ einen Bußgeldkatalog mit hohen Bußgeldern zu erstellen,
- Verstöße gegen das Verbot, Müll auf öffentlichen Flächen zu entsorgen, konsequent zu verfolgen.

11 Sport

Frankfurt ist eine Sportstadt. Nicht nur durch die Erfolge von Profisportlern und Profisportvereinen, sondern insbesondere durch die Hunderten von Sport- und Turnvereinen des Breitensports. Dieses umfassende Angebot muss erhalten bleiben, Sportvereine als sinn- und identitätsstiftende Institutionen müssen unterstützt werden. Subventionen für sportliche Großereignisse sind dagegen kritisch zu prüfen.

11.1 Erhalt der Vereinsvielfalt im Breiten- und Amateursport

Frankfurt verfügt neben erfolgreichen und imageträchtigen Profisportvereinen über eine einzigartige Vielzahl von Vereinen im Breitensport. Diese werden durch ehrenamtlich Engagierte getragen, die mit nicht nachlassender Motivation und Überzeugung dafür Sorge tragen, dass die identitätsstiftende, inklusive sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördernde Funktion von Sportvereinen gerade in den Stadtteilen erhalten bleibt.

Die Stadt Frankfurt muss die Vereine mit Mitteln aus dem Sportetat bestmöglich unterstützen, insbesondere beim Erwerb oder Erhalt auch eigener Sportplätze, Turnhallen und Vereinsheime.

Die gemeinsame Nutzung von Schulturnhallen durch Schulen und Vereine ist zu befürworten und zu unterstützen.

11.2 Subventionen für Großereignisse auf den Prüfstand stellen

Jährlich finden in Frankfurt sportliche Großereignisse statt, die teils von Seiten der Stadt subventioniert werden. Events wie der „IronMan“ oder der „J.P. Morgan Lauf“ werden jedoch durch eine zunehmende Kommerzialisierung charakterisiert. Gleichzeitig bedeutet die Durchführung dieser Ereignisse Einschränkungen für Frankfurter Bürger, die beispielsweise massive Verkehrsbeeinträchtigungen hinnehmen müssen. Die städtische Subventionierung für derartige kommerzielle Großereignisse ist deshalb einzustellen und stattdessen der Breiten- und Amateursport verstärkt zu unterstützen und zu fördern.

11.2 Segregationen im Sport verhindern und Gewalt ächten

Auch in Frankfurt zeigt sich eine besorgniserregende Entwicklung der zunehmenden Eskalationen und Gewaltvorfälle auf Amateurfußballplätzen. Oft sind dabei Vereine beteiligt, die ethnischen Gruppen oder bestimmten ausländischen Nationalitäten vorbehalten zu sein scheinen. Solche Vereine dienen mithin nicht der Integration, sondern der Segregation. Zudem besteht die Gefahr, dass ausländische Konflikte auf Frankfurter Sportplätzen ausgetragen werden. Subventionen an Vereine, die nur bestimmten ethnischen Gruppen oder ausländischen Nationalitäten vorbehalten zu sein scheinen, müssen deshalb ebenso gestrichen werden wie jegliche Subventionen an Sportvereine, deren Aktive oder Anhänger wiederholt durch Gewalttätigkeiten auf Sportplätzen auffallen. Die Nutzung städtischer Sportstätten durch diese Vereine ist zu untersagen.

12 Verwaltung, Digitalisierung und Bürgerbeteiligung

Politik hat auf kommunaler Ebene meist unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Bürger. Umso wichtiger empfinden wir es, den Frankfurter Bürgern einen transparenten Zugang zu ihr zu ermöglichen. Wohlwissend, dass eine Bürgerbeteiligung eine gute kommunale Infrastruktur voraussetzt, begrüßen wir daher sowohl eine zukunftsfähige und effiziente Verwaltung als auch eine stärkere Bürgerbeteiligung.

12.1 Die Verwaltung effizient und zukunftsfähig machen

Eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung setzt vor allem Effizienz und klare Strukturen voraus. Den Bürger auf Ämtern „von Pontius zu Pilatus“ zu schicken, kann heute niemandem mehr zugemutet werden. Ein grundlegendes Mittel, um dies zu erreichen, ist der Ausbau der Digitalisierung. Frankfurt mag hier vielleicht weiter sein als viele andere hessischen Kommunen, jedoch kommt auch hier die Digitalisierung der Verwaltung immer noch nicht recht voran.

Auch wenn Projekte wie „Smart City Frankfurt“ durchaus wünschenswert sind, muss die Stadtpolitik mit ihren begrenzten Ressourcen klare Prioritäten setzen. Auch hier gilt: Pflicht vor Kür. Der Fokus muss somit auf der Verwaltungsdigitalisierung liegen.

Die „Rahmenstrategie Digitalisierung der Stadt Frankfurt am Main“ begrüßt die AfD dabei ausdrücklich. Die AfD hält es angesichts der Mammutaufgabe ferner auch für geboten, die mit der Digitalisierung verbundenen Aufgaben und Planungen weiterhin in einem eigenen Dezernat zu bündeln.

12.2 Bürgerbeteiligung erleichtern

Unser Verständnis von Partizipation umfasst – neben unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung – auch Formen direkter Demokratie, eine moderne Ausgestaltung der repräsentativen Willensbildung sowie eine Belebung der politischen Diskussionskultur ohne ideologische Scheuklappen.

Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die direktdemokratische Einbindung der Frankfurter in Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen für die Stadt verbessert wird. Möglichkeiten der Einflussnahme durch Verbände und andere Lobbyisten – z. B. aus dem Bereich der Sozialwirtschaft – werden wir hingegen kritisch prüfen. Wir fordern insbesondere eine stärkere Bürgerbeteiligung, wenn es um die Ausweisung von Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen geht. Dabei möchten wir auch auf eine frühzeitige Beteiligung der Bürger achten und uns bereits im Vorfeld von Entscheidungsfindungen für eine größere Transparenz von politischen Prozessen und Themen starkmachen.

Sprechen Sie uns einfach an
oder schreiben Sie uns!



Ratskeller

Kontakt

AfD Kreisverband Frankfurt am Main
Baumweg 33
60316 Frankfurt am Main

info@afd-frankfurt.de
www.afd-frankfurt.de

V.i.S.d.P.
AfD Kreisverband Frankfurt am Main

